



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIII/53 - 5. März 1958

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831 - 33

Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe :

Seite:

Zeilen:

1 - 3

Die Verantwortung, liegt bei Strauss
Das Wehrpflicht-Fiasco verlangt Aufklärung

96

1 - 5

Die grosse Kluft in England
H-Waffen und Raketen sind das grösste Problem der
britischen Politik

68

147 unterzeichneten in der Bundesrepublik
Wissenschaftler im Kampf gegen den Atomtod

29

* * * * *

Anhang: Kommuniqué von der Sitzung des Parteivorstandes am 4. März 1958
in Bonn

* * * * *

Zur Beachtung: Wir veröffentlichen in unserer nächsten Ausgabe einen Ar-
tikel von MdB Willy Odenthal: "Reformbedürftige Arbeitsvermitt-
lung und Arbeitslosen-Versicherung".

* * * * *

Die Verantwortung liegt bei Strauss

sp.-- Fast zur selben Stunde, in der der Bundesverteidigungsminister zu seinem Amerikaflug gestartet war - nach der Barnum- und Baileyhaften Propagandavorbereitung dieses für das deutsche Schicksal offensichtlich entscheidenden Ereignisses, ist man versucht zu sagen: Endlich! lagen die ersten Berichte der Truppenoffiziere über die Erfahrungen des ersten bundesrepublikanischen Wehrpflicht-Jahres vor, das am 31. März für rund 10 000 junge Soldaten beendet worden ist. Die Ausbilder-Offiziere haben mit begrüßens- und dankenswerter Offenheit gesagt, was sie zu sagen hatten: Dass nämlich dieser erste wehrpflichtige Jahrgang die Kasernen nicht so ausgebildet verlassen hat, wie das bei einem organischen Aufbau der Bundeswehr möglich gewesen wäre. Die jungen Soldaten hätten nur eine ganz vage Vorstellung von dem, was im Ernstfall einmal kommen könnte. Sie hätten zum Beispiel in Lingen/Ems nicht einmal eine einzige scharfe Handgranate werfen können, weil keine vorhanden gewesen sei. Der Trup e fehlten die technischen Mittel, um das Gefechtsbild so wirklichkeitsnah darzustellen, wie es zur Ausbildung nötig sei.

Kritik der Truppenoffiziere

Als nach den Herbstübungen 1957 die damals schon stutzig gewordenen Journalisten ihre sehr nüchternen Erfahrungsberichte veröffentlichten, hatte der Bundesverteidigungsminister nichts eiligeres zu tun, als diese Kritiken abwertend zu verniedlichen. Jetzt haben die Truppenoffiziere genau dieselben Mängel blossgelegt, die bereits im Herbst von den journalistischen Beobachtern zur Debatte gestellt worden waren. Die Kritik der Truppenoffiziere wird man aber nicht so einfach beiseite schieben können, zumal sie über die allgemeinen Mängelrügen hinaus einen Punkt direkt anpacken, in dem die westdeutsche Bevölkerung mit Recht ganz besonders empfindlich reagiert: Das ist die Tatsache, dass die aufgrund des so sehr umstrittenen und überhaftet verwirklichter Wehrpflichtgesetzes einberufenen jungen Männer in diesen zwölf Monaten nicht so ausgebildet worden sind, wie es der Fall hätte sein müssen, wenn dieses Jahr in Bundeswehruniform überhaupt einen Sinn gehabt haben sollte.

Folgen überstürzter Eile

Die Adenauer-Regierung hatte an jenen Tage, an dem sie gegen den leidenschaftlichen Widerstand der Opposition im Parlament und in der Bevölkerung vor allem aus politisch-taktischen Gründen das Wehrpflichtgesetz erzwang, die volle Verantwortung - ganz abgesehen einmal von den politischen Konsequenzen - für die Erfüllung des mit der Wehrpflicht nun einmal verbundenen Zweck-Auftrages übernommen. Die Adenauer-Regierung, und hier in erster Linie der zuständige Ressortbeauftragte und Bundesverteidigungsminister Strauss, musste wissen, dass die Bundesbevölkerung von ihnen von dem Augenblick an, in dem der erste Wehrpflichtige durch das Kasernentor schritt, volle Rechenschaft für die zweckvolle Verwendung und Ausnützung eines jeden Tages erwarten und fordern würde, den die jungen Männer als Wehrpflichtige nun einmal in der Bundeswehr verbringen mussten. Die Adenauer-Regierung und insbesondere der Bundesverteidigungsminister Strauss sind damals vor allem unter Hinweis auf den noch ungenügenden Aufbau und Organisationsstand wiederholt und dringend gewarnt worden, die Wehrpflicht überhastet und überstürzt durchzuführen. Weder die Adenauer-Regierung noch der Bundesverteidigungsminister haben auf diese - vor allem auch aus der Truppe selbst kommende! - Warnungen gehört. Sie haben auf ihren Schein bestanden und das Experiment der Wehrpflicht im Rahmen einer begreiflicherweise innerlich noch nicht gefestigten und durchorganisierten Berufs-Kaderarmee anlaufen lassen.

Warnungen in den Wind geschlagen

Das Ergebnis dieses ersten Experimentier-Jahres liegt jetzt in den Aussagen der Truppenoffiziere vor uns. Dieses Ergebnis entspricht den in den Wind geschlagenen Warnungen und es ist so ernüchternd ausgefallen, dass jetzt Fraktur gerätet werden muss. Es gibt, wie die Dinge liegen, in diesem Fall nur einen Verantwortlichen: Den Bundesverteidigungsminister, und er wird ohne Hin- und Herreden zu sagen haben, wie es zu diesem jetzt offenkundig gewordenen Skandal um die Wehrpflichtigen kommen konnte. Wenn Strauss seine eigenen Truppenoffiziere nicht Lügen strafen will, dann muss er der Bundesbevölkerung gegenüber dafür gerade stehen, dass die Ausbildung der ersten Wehrpflichtigen - und zu diesem Zweck sind sie ja schliesslich einberufen

worden! - völlig ungenügend gewesen ist und sein musste, weil nicht einmal die technischen Voraussetzungen und Hilfsmittel in dem erforderlichen Ausmass vorhanden gewesen sind. Der Bundesverteidigungsminister wird der Bundesbevölkerung gegenüber die schlüssige Erklärung für diese - vor allem auch für die Betroffenen - so kostspielige Vergeudung dieses ersten Wehrpflicht-Jahres nicht schuldig bleiben dürfen.

Der einzig Verantwortliche: Strauss

Der Bundesverteidigungsminister wird auch seine Verantwortung nicht auf andere Stellen oder andere Personen abschieben können. Er leitet das Verteidigungsressort und ihm standen genügend Zeit und Geld zur Verfügung, um diese vergleichsweise primitiven Voraussetzungen für die Ausbildung der Wehrpflichtigen rechtzeitig und ausreichend bereitzustellen zu können. Diese Aufgabe konnte also zweifellos ordnungsgemäss erfüllt werden. Wenn sie doch nicht erfüllt wurde, dann hat der Mann versagt, dem der Auftrag und die Verantwortung gegeben worden sind. Vielleicht wäre die Aufgabe aber erfüllt worden, wenn der Verteidigungsminister seine Zeit und seine Energie ausschliesslich auf die Bewältigung seines Auftrages konzentriert und sich nicht in die Obliegenheiten anderer Ressorts verirrt hätte. Wenn einer schon Verteidigungsminister ist, dann soll er es auch ganz sein und nicht der Versuchung unterliegen, danebenher in einem Ausmass, das ihm offenbar nicht mehr genügend Zeit für seine eigentlichen Aufgaben lässt, noch Aussen- oder andere Politik zu treiben. Allround-Manager kann diese Bundesrepublik nicht gebrauchen.

Herr Strauss will in Unterbrechung seines USA-Aufenthaltes Mitte März zur aussen- und wehrpolitischen Debatte wieder im Bonn sein. Man darf wohl sicher erwarten, dass er dann die Fragen zu beantworten weiss, die ihm hier und heute vorgelegt worden sind.

+ - +

1 768 761 Mitglieder in der IG-Metall

Einen neuen Höchststand hat die Mitgliederzahl der Industriegerwerkschaft Metall erreicht. Im letzten Quartal des vergangenen Jahres gehörten dieser Organisation 1 768 761 Arbeiter und Angestellte an. Zu keiner Zeit, auch nicht vor 1933, hatte eine deutsche Gewerkschaft jemals einen so hohen Mitgliederstand aufzuweisen. 1 768 761 organisierte Arbeitnehmer der Metallindustrie drücken das grosse Vertrauen der Arbeiter und Angestellten in die Gewerkschaft IG-Metall aus.

+ + +

- 4 -

Die grosse Kluft in England

E.A.: - London

Sein oder Nichtsein der Wasserstoffwaffen hat sich plötzlich zum grössten Problem der britischen Politik entwickelt - und wird bald auch zur Lebensfrage aller Völker werden, ob sie nun schon im atomaren Rennen laufen oder vorerst noch als interessierte Zuschauer mitdiskutieren. Das britische Unterhaus hat in der vergangenen Woche Raketenstützpunkte, Verteidigung und Abschreckung zwei Tage lang diskutiert. Anstatt eine Klärung zu bringen, hat die Debatte das wahre Problem zuzudecken versucht. Abschreckung, die unverblühte Erklärung, dass ein sowjetischer Grossangriff mit dem Masseneinsatz von H-Waffen beantwortet werden wird, wurde zum Hauptpfeiler der offiziellen britischen Verteidigungspolitik gemacht. Die Opposition versuchte in stundenlangen Herausforderungen eine klipp und klare Antwort von der Regierung zu erlangen, wie gross der Angriff sein müsse, um auf den Knopf der gegenseitigen Massenvernichtung zu drücken. Aus den Erwidierungen wurde klar, dass das Feld zwischen Grenzzwischenfällen und der entscheidenden Grossoffensive im Dämmerlicht bleibt. Niemand könne im vorhinein sich für alle Eventualitäten festlegen. Unter solchen Umständen wird die Abschreckungspolitik zu einer Einladung, das "graue Zwischenfeld" zum Manövriertfeld der Abenteuerpolitik zu machen. Das ist eine der grossen Schwächen der britischen Verteidigungspolitik.

Der Kardinalfehler der Abschreckungspolitik aber wird von Unzähligen doch darin gesehen, dass Einsatz der Wasserstoffwaffen keine Verteidigung mehr ist, sondern den Menschheitsselbstmord bedeutet. In der Verteidigungsschatten wies der Labourabgeordnete George Wigg darauf hin, dass nach amerikanischen Berechnungen in den ersten zwei Stunden des nächsten Weltkrieges 108 Millionen Russen und acht Millionen Amerikaner durch H-Bomben ausgerottet würden. Wahrscheinlich müsste man die von Wigg angeführten Berechnungen erheblich nach oben revidieren, wenn man die Entwicklung der Fernlenker in Rechnung stellt, wobei die Amerikaner dann nicht mehr so "gut" wegkommen würden. Niemand hat sich natürlich bisher die Mühe genommen, ähnliche Berechnungen für Grossbritannien und den europäischen Kontinent anzustellen. Vielleicht mögen wir nicht

mehr ins Gewicht fallende Europäer so nebenbei in der ersten Stunde ausgetilgt worden sein, oder aber, es bliebe uns ein langsamer, schmerzhafter aber unvermeidlicher Tod durch Vergiftung infolge der Radioaktivität vorbehalten.

Da die Labouropposition im Unterhause sich auf einige der inneren Widersprüche beschränkte, nicht aber die Torheit jeder auf H-Waffen beruhenden Verteidigung aufzeigte, blieb sie hinter der dauernd stärker werdenden Bewegung zum Verbot von und zum Verzicht auf H-Waffen weit zurück. Insofern verdiente sie den beissenden Sarkasmus des ehemaligen Labourverteidigungsministers Shinwell, der zum Vergnügen der Konservativen feststellte, dass die Unterschiede zwischen Labour und Tories in der Verteidigungsfrage wesentlich geringer sind, als die tiefen Gegensätze im Labourlager selbst.

Shinwell plauderte nur ein offenes Geheimnis aus. Zuerst kam das Regierungswissenschaftsbuch über die Errichtung von Raketenstützpunkten in Grossbritannien. Der "Daily Herald" explodierte dagegen, 69 Labourabgeordnete applaudierten die Haltung des Parteiorgans, das sich nun in direktem Gegensatz zur offiziellen Linie stellte. Zugleich opponiert eine Strömung in der Labourparty, die unter dem Schlagwort "Sieg für Sozialismus" marschiert, gegen die allzu zahme Gegnerschaft der Parteilinie zur atomaren Aufrüstung. Während so in der Verteidigungsdebatte im Unterhause Minister und Laboursprecher die Klängen kreuzten, mussten zur selben Zeit der Parteisekretär Morgan Phillips den "Daily Herald" zur Ordnung rufen und die Labourexekutive die gefährlichen Abweichungen der "Sieg für Sozialismus"-Gruppe geisseln. Noch dazu ist die offizielle Einstellung der britischen Arbeiterbewegung durchaus nicht klar festgelegt. In der kommenden Woche werden die Parteioberführungen und der Gewerkschaftsrat sie überprüfen und feststellen, ob man eine Massenbewegung gegen die Regierungspolitik zu den Fragen der nuklearen Rüstung auslösen soll.

Die starken Gegensätze, die sich im Schoosse der britischen Arbeiterbewegung entwickelt haben, sind aber nur eine Widerspiegelung der grossen Kluft, die quer durch die Völker geht. Jetzt, wo die sogenannten Verteidigungspolitik der Machtblöcke zum nuklearen Menschheitsmord führt, werden sich überall die Geister scheiden, um der Vernunft zum Siege über den Rüstungswahnsinn zu verhelfen.

147 unterzeichneten in der Bundesrepublik

sp- Der von 9 235 Wissenschaftlern aus der ganzen Welt unterzeichnete Aufruf gegen die Fortsetzung von Kernwaffenversuchen und zur Einleitung einer Abrüstungspolitik - wir veröffentlichten kürzlich den Wortlaut des Appells, der von dem amerikanischen Professor Dr. Linus Pauling vorbereitet wurde - hat auch in der Bundesrepublik ein starkes Echo gefunden. Der Aufruf wurde hier von 147 Professoren und Wissenschaftlern unterzeichnet.

Interessant ist ein Überblick über die Beteiligung der einzelnen deutschen Universitäten. An der Spitze steht die Universität Mainz mit 24 Unterschriften. Es folgt die Universität Heidelberg mit 9 Unterschriften. Die Universität München stellte 8 Unterzeichner; die Technische Hochschule Stuttgart ebenfalls 8. Darmstadt 7, Marburg 5, Göttingen 3, Köln und Karlsruhe je eine Unterschrift.

Außerdem enthält der Aufruf noch 81 Unterschriften von Wissenschaftlern, die entweder privat oder an verschiedenen Instituten arbeiten.

Folgende deutsche Nobelpreisträger haben sich dem Appell von Prof. Linus Pauling angeschlossen: Heisenberg, Born, Hahn, Butenandt, Kuhn, Domagk. Insgesamt befinden sich 36 Nobelpreisträger unter den Unterzeichnern des Aufrufes. Unter ihnen auch Albert Schweitzer.

Einer der entscheidenden Sätze des Aufrufes lautet: "Wir teilen mit unseren Mitmenschen die tiefe Sorge um die Wohlfahrt der Menschheit. Als Wissenschaftler kennen wir die Gefahren, die im Spiele sind, und tragen daher eine besondere Verantwortung, diese Gefahren bekannt zu machen. Wir halten es für dringend erforderlich, dass unverzügliche Schritte zu einem internationalen Abkommen zur Einstellung aller Kernwaffenversuche getan werden".

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Kommuniqué von der Sitzung des Parteivorstandes der SPD
am 4. März 1958 in Bonn

In der Sitzung des Parteivorstandes der SPD, die am 4. März 1958 in Bonn unter Vorsitz von Erich Ollenhauer stattfand, wurde übereinstimmend zur aussenpolitischen Situation festgestellt, dass die Bundesregierung in Interesse des Zustandekommens einer Gipfelkonferenz die Verpflichtung hat, die Diskussionen über Verfahrensfragen nicht noch durch eigene Vorbehalte zu erweitern, sondern alles zu tun, was die Einleitung einer Entspannungspolitik möglich macht.

Im weiteren Verlauf der Sitzung erörterte der Parteivorstand auch die mit den in der kommenden Woche geplanten Bundestagsdebatten über ausen- und wehrpolitische Fragen. In diesem Zusammenhang ist eine von Sicherheitsausschuss beim SPD-Vorstand vorgelegte Ausarbeitung behandelt worden, die Ausgangspunkt einer vom Parteivorstand noch zu erarbeitenden und dem im Mai stattfindenden Parteitag in Stuttgart vorzulegenden Resolution ist. Der Sicherheitsausschuss hat mit der Ausarbeitung seine Aufgabe in dieser Frage abgeschlossen. Der Entwurf einer vom Parteivorstand einzubringenden Resolution für den Parteitag wurde einer kleinen Redaktion-Kommission übertragen, die aus den Bundestagsabgeordneten Willy Birkelbach, Fritz Erlar, Herbert Wehner, Erwin Welke und Karl Wienand besteht.

Nach Berichten der Bundestagsabgeordneten Berkhahn und Mertens über Bestrebungen zur Bildung einer Organisation "Volk und Verteidigung" beschloss der Parteivorstand, die Mitarbeit von Sozialdemokraten in dieser Organisation abzulehnen.

Interessante Berichte gaben die Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, und Hamburg, Max Brauer, über ihren kürzlich stattgefundenen Besuch in den USA. Brandt und Brauer bestätigten übereinstimmend, dass sich in den Vereinigten Staaten eine zunehmende Bereitschaft zeige, neue Ideen für eine Politik der Entspannung zu erwirken.

Abschliessend befasste sich der Parteivorstand mit den Vorarbeiten zum kommenden Parteitag.